Berner EVP

4 / 2025 November

Partie en français: page 8

www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

Informationen der Evangelischen Volkspartei des Kantons Bern

NEUES PARTEIPROGRAMM DER EVP KANTON BERN

Hoffnung und Klarheit für die Zukunft

Die EVP Kanton Bern tritt mit einem starken Fundament zu den kantonalen Wahlen vom März 2026 an. Von Jesus inspiriert will sie eine Politik gestalten, die das Gemeinwohl stärkt, Brücken baut und Lösungen schafft, welche die Würde jedes Menschen respektieren.

Die Delegierten der EVP Kanton Bern hiessen das Parteiprogramm ohne Gegenstimme gut.

Das neue Parteiprogramm legt klare Leitlinien für die kommenden vier Jahre fest. Drei programmatische Schwerpunkte stehen im Zentrum:

Klug ist, die Schöpfung zu bewahren
Die EVP macht sich für einen konsequenten Umweltschutz stark. Der Kanton Bern soll Ressourcen schonen, Biodiversität schützen, die Kreislaufwirtschaft stärken und erneuerbare Energien konsequent ausbauen. Wirtschaftliches Handeln muss sich am Gemeinwohl orientieren – nicht an blindem Wachstum.

Stark ist, den Schwachen zu helfen
Wahre Stärke zeigt sich in Solidarität. Die EVP kämpft gegen Armut und Ausgrenzung, für bezahlbare Wohnungen und eine faire Gesundheitsversorgung. Familien mit tiefem Einkommen, Menschen mit Behinderungen und Armutsbetroffene sollen gezielt unterstützt werden. Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel sind entschlossen zu bekämpfen – damit die Schwächsten geschützt sind.

Nachhaltig ist, junge Menschen zu befähigen
Die EVP setzt auf starke Familien, faire Bildungschancen und eine Finanzpolitik, die kommende Generationen nicht belastet. Kindergeld, familienfreundliche Arbeitsmodelle und starke Schulen sollen Kinder und Jugendliche fördern. Integration erfolgt als Miteinander von Fördern und Fordern. Investitionen sollen sinnvoll und enkeltauglich sein.

Mit diesem Programm bekennt sich die EVP Kanton Bern zu einer wertebasierten, lösungsorientierten Politik – damit unser Kanton auch morgen lebenswert bleibt.

Das vollständige Programm finden Sie unter:
www.evp-be.ch/politik/parteiprogramm

Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer EVP BE

Wahlen 2026

Am 29. März 2026 werden im Kanton Bern Parlament und Regierung neu gewählt. Im Hinblick darauf hat die EVP Kanton Bern ihr Parteiprogramm neu formuliert (siehe Artikel links). Die EVP ist heute mit neun Personen im Grossen Rat vertreten, die sich alle zur Wiederwahl stellen, und strebt einen zusätzlichen Parlamentssitz an. Dazu tritt die EVP in allen Wahlkreisen meist mit mehreren Listen an. Barbara Stotzer-Wyss und Tom Gerber kandidieren von der EVP für den Regierungsrat.

AZB 3001 Bern DIE POST

PAROLEN ZUM 30. NOV. 2025

Infos: www.evp-be.ch und www.evppev.ch/abstimmungen

Service-Citoyen-Initiative	JA
Initiative für eine Zukunft	NEIN

GEMEINDEWAHLEN 2
Vier Gemeindewahlen im November.

VOLKSABSTIMMUNGEN 3
Zwei nationale Abstimmungsvorlagen.

GROSSRATSBERICHT 5
Das Engagement der EVP-Fraktion.

INTERVIEWS 7
mit Matthias Fischer und Anna Wash.

EDITORIAL

Jüdische Menschen nicht ausgrenzen

Der 1973 verstorbene Berner Anwalt Georges Brunschvig hat die Jüdinnen und Juden mal als Seismograph des schweizerischen Demokratieverständnisses bezeichnet. Das bedeutet, dass steigender Antisemitismus als Zeichen steigenden Drucks auf unser Demokratieverständnis gelten muss.

In den letzten Monaten habe ich mich im Rahmen von Vorstössen intensiv mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt, besonders an Stadtberner Schulen und im Kulturbereich. Dabei wurde deutlich, dass ein Teil unserer Mitmenschen zunehmend in seiner Sicherheit bedroht ist. Menschen jüdischer Herkunft verheimlichen ihre Identität aus Angst, werden eingeschüchtert und können sich an gewissen Orten nicht mehr frei bewegen, obwohl sie keinerlei Verantwortung für die Geschehnisse im Nahen Osten tragen.

Der Schweizer Antisemitismusbericht 2024 zeigt, dass entsprechende Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 im Vergleich zu 2022 um 287 % zugenommen haben. Antisemitismus ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Er kommt von Links, von Rechts und von islamistischer Seite.

Aber jüdisches Leben gehört in eine vielfältige Schweiz. Es darf nicht sein, dass jüdische Menschen ausgegrenzt und in ihrer Sicherheit bedroht werden.

Ich glaube, wir müssen diesem Thema unser Augenmerk schenken – damit Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft frei und sicher leben können und damit unsere Schweizer Demokratie für alle sicher und stabil bleibt.

Debora Alder-Gasser
Stadträtin, Bern

GEMEINDEWAHLEN 2025

EVP will Gemeindepolitik mitgestalten

Wie in den Vormonaten tritt die EVP auch im November in diversen Gemeinden an, um Wählendenanteile und Sitze zu verteidigen und neue zu gewinnen.

Die Spitzenkandidierenden: Yaël Wehrli, André Wehrli-Pouwer und Mischa Grossen (Frutigen), Simone Leuenberger (Wohlen) sowie Matthias Fischer, Gabriela Schranz und Dieter Blatt (Münsingen).

16. November
In **Frutigen** strebt die EVP den Sitzerhalt in der Exekutive an. Der bisherige Markus Grossen tritt wegen Amtszeitbeschränkung zurück. **Yaël Wehrli, André Wehrli-Pouwer** und **Mischa Grossen** stellen sich für das Amt zur Verfügung.

30. November
Auf einer gemeinsamen Liste mit der GLP tritt die EVP in **Jegenstorf** zu den Gemeinderatswahlen an.

Grossrätin **Simone Leuenberger** ist auf der EVP-Gemeinderatsliste in **Wohlen** die Spitzenkandidatin.

In **Münsingen** will die EVP mit einer starken Liste um **Matthias Fischer** (siehe Seite 7) den wegen Amtszeitbeschränkung frei werdenden Sitz von Gemeinderat Werner Fuchser sichern. 24 breit abgestützte Kandidierende unterstützen zudem die Wiederwahl der Parlamentsmitglieder **Gabriela Schranz** und **Dieter Blatt** wie auch den Erhalt des dritten Sitzes.

Naémi Wyss
Basisarbeit EVP BE

Spendenbarometer

Stand per 17. Okt. 2025:
CHF 125 368.–

Unser Ziel für die kantonalen Wahlen:
CHF 225 000.–

Die EVP braucht Ihre Unterstützung

Zur Finanzierung der kantonalen Wahlen vom 29. März 2026 benötigen wir insgesamt **225 000 Franken** an Spenden. Ihr Beitrag ermöglicht es der EVP, die kantonale Politik auch weiterhin aktiv mitzugestalten.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1, IBAN CH20 0900 0000 2502 8820 7

Agenda

Ausserordentliche DV EVP Schweiz
29. November 2025 in Langenthal

Volksabstimmung und Gemeindewahlen
30. November 2025

Wintersession Grosser Rat
24. Nov. bis 4. Dez. 2025

Frauennetzwerk EVP Kt. Bern
6. Januar 2026
Drei-Königinnen-Treffen

Ausserordentliche DV EVP Kanton Bern
15. Januar 2026, 19.30 Uhr
Kapelle EGW, Nägeligasse 9, Bern

Frühlingssession Grosser Rat
2.–17. März 2026

ANZEIGEN

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

SCHWEIZERISCHE VOLKSABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

Für eine engagierte Schweiz

Krieg in Europa, Naturkatastrophen, Cyberangriffe und die Klimakrise. Wie begegnen wir solchen Gefahren? Allen für sich oder gemeinsam? Armee, Zivilschutz, Zivildienst – alle kämpfen mit personellen und strukturellen Herausforderungen. Wäre es sinnvoll, wenn in Zukunft alle einen Beitrag leisten und damit Verantwortung übernehmen? Um diese Frage geht es bei der Service-Citoyen-Initiative.

Die Armee bleibt das Rückgrat zur Verteidigung unseres Landes. Auch Zivilschutz und Zivildienst übernehmen wichtige Aufgaben und leiden massiv unter Personalmangel. Die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz soll gestärkt werden, ohne Zivildienst und Zivilschutz zu schwächen. Deren Schwächung dürfen wir uns nicht leisten.
Der Service Citoyen (Gemeinschaftsdienst) schliesst Lücken. Er reformiert unsere Sicherheitspolitik umfassend und als gesamtgesellschaftliches Projekt zukunftsgerichtet.

Hanspeter Steiner

Junge Menschen leisten einen Beitrag – im Militär, im Zivilschutz oder in einem gleichwertigen Milizdienst. Das macht unser Land krisenresistenter und stärkt den Zusammenhalt in einer individualisierten Gesellschaft.
Wer Dienst leistet, erwirbt zudem Fähigkeiten für sein Leben: Teamarbeit, Krisenmanagement, Verantwortungsbewusstsein, Erste Hilfe oder digitale Kompetenzen.
Die kommenden Generationen wachsen in einer Gesellschaft auf, in der Männer und Frauen weitgehend gleichgestellt sind. Mit dem Service Citoyen zeigen wir, dass wir allen gleichermassen zutrauen, Verantwortung zu übernehmen – in Familie, Beruf und Milizdienst.
Die Initiative gibt dem Gesetzgeber den nötigen Spielraum für die Umsetzung. Herzlichen Dank für Ihr Ja zu dieser Vorlage.

Hanspeter Steiner, Grossrat, Boll

SCHWEIZERISCHE VOLKSABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

Nein zu einer überrissenen Erbschaftssteuer

Die Jungpartei der SP ist ihrem Ruf treu geblieben und bringt mit der «Initiative für eine Zukunft» eine extreme Erbschaftssteuer zur Abstimmung.

Die Grundanliegen – eine Erbschaftssteuer auf grosse Vermögen, die Bekämpfung der Vermögensungleichheit und den Einsatz für den Klimaschutz – teile ich. Doch die Initiative schiesst total übers Ziel hinaus. Die Vorlage sieht zwar einen sehr hohen Freibetrag von 50 Millionen vor, so dass KMUs kaum betroffen wären, darüber hinaus würde jedoch ein völlig überrissener Steuersatz von 50 % erhoben. Grössere Unternehmen, die zu einem wesentlichen Teil in Familienhänden sind, müssten verkauft werden und die Super-Reichen, welche die Juso gerne zur Kasse bitten möchte, würden vermutlich wegziehen.
Die Steuereinnahmen müssten zur Bewältigung der Klimakrise eingesetzt werden. Auch da verpassen die Initianten das Ziel, denn die Klimakrise lässt sich nicht wegkaufen; sie kann nur bewältigt werden, wenn auch jede und jeder bereit ist, das Verhalten zu ändern!
Es ist wichtig zu bedenken, dass ein kleineres oder grösseres Vermögen, das investiert wird, um gute Arbeitsplätze zu bieten, für die Gesellschaft positiv ist und nicht bekämpft werden soll.
Es bleibt zu hoffen, dass es – ohne ideologische Extremforderungen – eines Tages gelingt, eine Mehrheit zu finden für eine eigentlich sinnvolle und gerechte Besteuerung der Erbschaften, die aber auch zu den Arbeitsplätzen Sorge trägt.

Tom Gerber, Grossrat, Reconvilier

Tom Gerber

ANZEIGEN

Los Lorentes
Residences
loslorentes.com

prosperita
Die christlich-ethische Pensionskasse
www.prosperita.ch

Christliche Ostmission
ostmission.ch
Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

Kernanliegen unserer Kantonalpartei

MELANIE **BEUTLER-HOHENBERGER**
Grossrätin · Gwatt (Thun)

PHILIPPE **MESSERLI**
Grossrat · Nidau

KATJA **STREIFF**
Grossrätin · Köniz

BARBARA **STOTZER-WYSS**
Grossrätin · Büren an der Aare

AUS DEM GROSSEN RAT

Einsatz für bedürftige Menschen

Die EVP hat sich in der Herbstsession mit mehreren Vorstössen für eine Verbesserung der Wohn- und Gesundheitssituation von Kindern in der Nothilfe eingesetzt. Eine aktuelle Sonderausstellung im Historischen Museum Bern (vgl. Seite 6) erinnert an die staatlich verordneten Fremdplatzierungen. Im Austausch mit Betroffenen wurde immer wieder gefragt: Warum hat man weggeschaut?

In einem eindrücklichen Votum mahnte **Hanspeter Steiner**, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Auch wenn die Situationen nicht eins zu eins vergleichbar seien, dürfe es nicht sein, dass Kinder in vierzig Jahren erneut fragen müssen: «Warum hat man weggeschaut, als mir eine gesunde Entwicklung verwehrt wurde?» Trotz dieser eindringlichen Appelle lehnte die Mehrheit des Rates die meisten Forderungen ab.
Zentral war zudem die elfstündige Debatte zum neuen Sozialhilfegesetz (siehe Artikel unten). Für die EVP führte **Simone Leuenberger** das Geschäft. Mit viel Engagement setzte sie sich für eine menschennahe Sozialpolitik ein: für Prävention, ein dichtes Auffangnetz, die Stärkung von Kindern und für massvolle Datenerhebung. Besonders wehrte sie sich gegen den Selbstbehalt für Gemeinden – erfolgreich, denn dieser Teil wurde an die Regierung zurückgewiesen. Zwar fanden nicht alle EVP-Anträge in der ersten Lesung eine Mehrheit, doch bleibt in der zweiten Lesung die Chance auf Verbesserungen.
Wesentlich kürzer wurden die Anpassungen im Steuergesetz debattiert. Die EVP setzte sich dabei für eine Glättung der Steuerprogression bei tiefen Einkommen ein. **Barbara Stotzer-Wyss** betonte, dass die EVP nicht generell für Steuersenkung sei – doch hier profitieren die Bürgerinnen und Bürger mit tiefen Einkommen, was wir sehr begrüssen.
Der Regierungsrat wollte eine Motion zur Stärkung der Vermittlung von Traditionen, Werten und kulturellem Erbe in der Volksschule abschreiben. EVP-Grossrätin **Katja Streiff** setzte sich dafür ein, dass diese Anliegen, vor allem auch die christlichen Traditionen, im Schulalltag nicht vergessen gehen.
Ein erfreulicher Erfolg gelang **Tabea Bossard-Jenni**: Mit ihrer vom Grossen Rat gutgeheissenen Planungserklärung zum Investitionsrahmenkredit Strasse 2026–2029 wird die Regierung verpflichtet, die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes zu priorisieren. Damit ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Inklusion getan.

René Müller

René Müller, Grossrat, Adelboden

AUS DEM GROSSEN RAT

Einseitige Totalrevision des Sozialhilfegesetzes

Die vorgesehenen Änderungen des Sozialhilfegesetzes sind vor allem technischer, organisatorischer und finanzieller Natur. Aus Sicht der EVP-Fraktion geht es zu wenig um Menschen und zu viel um Verwaltung.

Das Sozialhilfegesetz wird total revidiert. Es ist das letzte einer Reihe von Gesetzen im sozialen Bereich, die in den letzten Jahren vollständig erneuert wurden. Ein erster Anlauf scheiterte 2019 nach dem erfolgreichen Referendum an der Urne.
Einige Pflöcke wurden in der Herbstsession bereits eingeschlagen: Sozialhilfe wird künftig nur aus Vermögen zurückbezahlt und nicht aus Einkommen – eine wichtige Änderung, damit sich Personen mit einem existenzsichernden Erwerbseinkommen langfristig von der Sozialhilfe lösen können. Zudem wurde die Kürzung der Sozialhilfe auf Nothilfe bei Vermögensverzicht knapp abgelehnt. Aus Sicht der EVP-Fraktion hätte diese neue Regelung sehr viel Leid bei den betroffenen Sozialhilfebeziehenden und einen unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand verursacht.
Unbestritten war die Einführung der Fachstelle Sozialrevisorat (FASR) und des neuen Fallführungssystems (NFFS). Beide Instrumente sollen die Sozialdienste harmonisieren und professionalisieren. Die EVP unterstützte diese Neuerungen. Mit Professionalisierung alleine bekämpfen wir Armut aber nicht. Es braucht weitere Massnahmen wie mehr Ressourcen für Beratung, Begleitung und Prävention. Auch Ergänzungsleistungen für Familien, ein Kindergeld und existenzsichernde Löhne bei Vollzeitpensen könnten Armut lindern, sind doch ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden Kinder und über 40 % der Erwachsenen erwerbstätig.
Das Gesetz geht nun zurück an die Kommission. Die zweite Lesung ist für die Frühlingssession 2026 geplant.

Simone Leuenberger
Grossrätin, Uettligen

Simone Leuenberger

Simone Leuenberger auf TeleBärn zum Thema Sozialhilfe:
www.telebaern.tv/barner-rundi > Hilfe für die Ärmsten im Kanton Bern

Die Grossrats-Fraktion

Die neun Mitglieder der EVP-Fraktion im Grossen Rat haben alle ihre politischen Schwerpunktgebiete. Nähere Informationen samt Kontaktdaten finden Sie unter:

www.evp-be.ch/menschen/fraktion-grossrat

AUGENBLICK

Recht üben, Güte lieben

Die Ereignisse in der Welt überschlagen sich fast Tag für Tag und die unterschiedlichsten Kommentare und Meinungen dazu füllen unsere Nachrichtenportale und rufen alle möglichen «Beurteilungsspezialisten» auf den Plan. Am meisten beschäftigt mich bei all den Beiträgen die zuweilen sehr kontroverse Beurteilung von Geschehnissen und Menschen durch Christen aus aller Welt. Welche Informationen nutzen wir, um zu einer Beurteilung zu kommen? Gibt es ein «Recht haben» und nützt das etwas? Was würde Gott dazu sagen? – Und auch diese Fragen werden wiederum kontrovers diskutiert und beantwortet.
In der Bibel lesen wir einerseits, dass wir mit demselben Mass gemessen werden, mit dem wir andere messen. Wir lesen auch, dass Gott allein in das Herz des Menschen sieht und seine wahren Absichten kennt, und wir werden aufgefordert, dass wir nicht richten sollen. Eine gewisse Zurückhaltung in der Beurteilung von Geschehnissen über die Medien, oder gar ein Schweigen, wäre in einigen Fällen wohl weiser.

Christine Grogg

Mit den Worten aus Micha 6,8 erhalte ich für mich eine klare Orientierung: «ER hat dir mitgeteilt, o Mensch, was gut ist. Und was fordert der Herr von dir, als Recht zu üben und Güte zu lieben und demütig zu wandeln mit deinem Gott?»

- Liebe die andern so, wie dich selbst.
- Sei gnädig gegenüber deinen Mitmenschen.
- Du bist nicht Gott.

Christine Grogg
alt Grossrätin, Bützberg

AUS DEM NATIONALRAT

Mehr Datenschutz und Barrierefreiheit

Wussten Sie, dass Initiantinnen und Initianten von Volksinitiativen jeweils ihre private Wohnadresse auf dem Unterschriftenbogen abdrucken lassen müssen? Und dass sehbehinderte Menschen bei Abstimmungen ihre Stimme nicht selbstständig und damit anonym abgeben können? Diese beiden Datenschutz-Missstände sowie die fehlende Barrierefreiheit ging ich mit einer Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte an. Auf Unterschriftenbögen stehen künftig statt der genauen Adresse nur noch der Wohnort und das Geburtsdatum der Initianten. Damit stärken wir ihren Schutz ohne die nötige Transparenz zu gefährden.
Für sehbehinderte Stimmberechtigte muss künftig die selbstständige Stimmabgabe ermöglicht werden. In der zuständigen Kommission und danach im Rat konnte ich hier noch die Verschärfung durchbringen, dass dies nicht nur «erleichtert», sondern tatsächlich «ermöglicht» werden muss. Durch ein gutes Layout der Unterlagen und eine Schablone lässt sich dies wohl relativ leicht umsetzen.
Ich habe mich auch stark dafür eingesetzt, dass sich der Bund bei Massnahmen zur Demokratieförderung engagiert und Angebote der politischen Bildung unterstützt; dies wurde aufgenommen. Zudem wurde die gesetzliche Grundlage für Pilotversuche mit E-Collecting geschaffen.
Das Geschäft geht nun in den Ständerat. Ich bin überzeugt, dass diese Anpassungen die politischen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger stärken werden.

Marc Jost, Nationalrat

ANZEIGE

FRAUENNETZWERK EVP BE

Von der Geschichte bewegt

Seit dem 19. bis in die 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts waren im Kanton Bern Zehntausende Kinder, Jugendliche und Erwachsene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffen: fremdplatziert, verdingt, entmündigt, in Anstalten versorgt. Höchste Zeit also, dass das Historische Museum unter dem Titel «Vom Glück vergessen» diesen Menschen eine Ausstellung widmet. Diese dauert noch bis am 11. Januar 2026 und macht exemplarisch die Geschichten von fünf Personen sicht- und hörbar. Das Frauennetzwerk der EVP organisierte einen gemeinsamen Besuch der Ausstellung. Im anschliessenden Gespräch berichteten mehrere der Teilnehmerinnen von ihren direkten Vorfahren, die auch von solchen Zwangsmassnahmen betroffen waren, und wie sich dies auf sie selbst auswirkte.

Nächster Anlass:
6. Januar 2026, ab 18.00 Uhr
3-Königinnen-Treffen zum Auftakt der Grossratswahlen (Ort noch offen).
Infos: **www.evp-be.ch**
> Menschen > Frauennetzwerk
> Zum nächsten Anlass.

Barbara Streit-Stettler
Präsidentin Frauennetzwerk EVP BE

ZU BESUCH BEI

Matthias Fischer, Münsingen

Der 49-jährige Matthias Fischer ist Mitglied des Grossen Gemeinderats (GGR) von Münsingen und kandidiert bei den Wahlen vom 30. November auch für den Gemeinderat. Er ist verheiratet, Familienvater und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Gemeindeorganisation / Gemeinderecht und Gemeindereformen beim Kanton Bern.

Was gefällt dir an der Gemeindepolitik?
Lokalpolitik ist greifbar, Gemeinden sind für mich die spannendste Staatsebene. Es braucht praktisch immer überparteiliche Kompromisse. Solche kommen in Münsingen oft zu Stande. In den allermeisten Fällen werden auch sehr kontroverse Diskussionen mit dem nötigen Respekt geführt. In der Gemeindepolitik sieht man die direkten Auswirkungen von Beschlüssen und auch, wo das Geld investiert wurde.

Für welche Themen hast du dich im GGR besonders eingesetzt?
Das war bei Geschäften und Vorstössen, die sich mit unseren Leitlinien decken: gestärkte Familien, starke Kinder, eine Bildung mit Zukunft, älter werden in einem guten Umfeld, Pflege der lokalen Wirtschaft und eine gesunde Umwelt. Konkret war und ist unsere Fraktion zusammen mit den Kommissionsmitgliedern u. a. aktiv in den Bereichen Inklusion, Frühe Förderung, Schulraumplanung und nachhaltige Entwicklung von Infrastrukturen.

Matthias Fischer

Warum kandidierst du für den Gemeinderat und was wünschst du dir für die Zukunft von Münsingen?
Münsingen ist eine sehr lebenswerte Kleinstadt. Ich will mithelfen, das vielfältige Angebot zu pflegen, und meine berufliche Erfahrung einbringen. Ich wünsche mir, dass Münsingen mit einer lustvollen Politik vermehrt junge Leute motivieren kann, in die Politik einzusteigen, auch wenn es Überwindung braucht, sich politisch zu outen. Mitsprache ist ein wertvolles Gut – gerade in der heutigen Zeit. Alle Bevölkerungsschichten sollen teilhaben können.

Du beschäftigst dich beruflich mit Gemeinden und Gemeindefusionen. Was braucht es, damit eine Gemeindefusion gelingt?
Eine Gemeindefusion ist für mich gelungen, wenn möglichst viele Akteure einbezogen wurden und auf Augenhöhe diskutiert haben. Ängste und Vorbehalte sind ernst zu nehmen. Es gibt viele Beispiele, wo sich fusionierte Ortsteile auch nach dem Zusammenschluss politisch stark und wirkungsvoll einbringen und nicht einfach in einer grösseren Einheit aufgehen. Mittlerweile gibt es viele erprobe Übergangslösungen fürs Zusammenwachsen von Gemeinden. Eine sachliche Auslegeordnung bei den Vorabklärungen und etwas Mut gehören immer auch dazu.

Interview: Christof Erne

ZU BESUCH BEI

Anna Wash, Generalsekretärin JEVP

Seit August 2025 ist die 24-jährige Anna Wash neue Generalsekretärin der Jungen EVP. Sie hat einen Bachelor in Arbeits-, Organisations- und Personalpsychologie und lässt sich gerne für Dinge begeistern.

Anna Wash ist Präsidentin eines Volleyballvereins, Ehefrau und Mutter. Sie setzt sich mit viel Leidenschaft für ihre Aufgaben ein, möchte Gott immer besser kennenlernen und ihn bekannt machen. Ihre junge Familie wohnt in der Gemeinde Hasle bei Burgdorf.

Welche christlichen Werte spielen für dich bei der Beschäftigung mit den politischen Themen eine wichtige Rolle?
Gott in seiner Dreieinigkeit ist Einheit und Vielfalt zugleich. Das wünsche ich mir für die Politik. Dabei ist ein respektvoller und ehrender Umgang in und zwischen den Parteien für mich zentral. Er soll meinen Umgang mit Menschen und meine Herangehensweise an politische Themen prägen.

Findest du, dass Männer und Frauen unterschiedlich politisieren? Wenn ja, inwiefern?
Ich möchte ungern in Klischees verfallen, weil ich eine offene Haltung behalten möchte, egal ob im Gespräch mit Männern oder Frauen. Tendenziell tausche ich mich mit Frauen öfter über soziale Themen aus und mit Männern eher über wirtschaftliche. Allerdings prägen aus meiner Sicht die Parteizugehörigkeit und die Grundwerte die Art des Politisierens weit mehr als das Geschlecht.

Was würdest du tun, wenn du nicht Politik machen würdest?
Beruflich würde ich wohl in einer Personalabteilung arbeiten, vorzugsweise in einer Non-Profit-Organisation.

Was sind deine politischen Ambitionen? Wo siehst du dich in 10 bis 15 Jahren?
Zurzeit habe ich keine konkreten politischen Ambitionen. Der Job als Generalsekretärin erlaubt mir erstmals einen vertieften Einblick in die Parteipolitik und fordert mich heraus, mir fundierte Meinungen zu bilden. Auch wenn ich mich für die Grossratswahlen aufstellen lasse, rechne ich mir hier jetzt nicht realistische

Anna Wash

Chancen aus. In 10 bis 15 Jahren habe ich dann hoffentlich den Mut und die zeitlichen Ressourcen, um mich für die Gemeinderatswahlen aufstellen zu lassen.

Diskutierst du politische Themen mit deinem Ehemann?
Ja, und dann meist internationale Politik.

Interview: Susanne Gutbrod-Kunkler

PEV bernois

4 / 2025 Novembre

www.pev-be.ch/actuel, info@pev-be.ch

Informations du Parti évangélique du canton de Berne

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Soutien des personnes vulnérables

Lors de la session d'automne, le PEV s'est engagé, par le biais de plusieurs interventions, en faveur d'une amélioration des conditions de logement et de santé des enfants qui bénéficient de l'aide d'urgence.

Une exposition temporaire au Musée d'Histoire de Berne rappelle les placements d'enfants dans le passé. Dans une intervention marquante, **Hanspeter Steiner** a rappelé qu'il ne fallait pas répéter les erreurs du passé. Même si les situations ne sont pas tout à fait comparables, il n'est pas acceptable que dans quarante ans, les enfants doivent à nouveau demander: « Pourquoi avez-vous détourné le regard alors que l'on m'empêchait de me développer normalement ? ». Malgré ces appels pressants, la majorité du Grand Conseil a rejeté la plupart des revendications.

Pour le PEV **Simone Leuenberger** a mené les débats sur la nouvelle loi sur l'aide sociale. C'est avec un grand dévouement qu'elle s'est battue pour une politique sociale humaine qui se fonde sur la prévention, sur un filet de sécurité renforcé, sur le soutien aux enfants et sur une collecte de données modérée. Elle s'est particulièrement opposée à la franchise pour les communes – avec succès, puisque cette partie a été renvoyée au gouvernement. Pas toutes les propositions du PEV ont obtenu une majorité lors de cette première lecture, mais il reste une chance d'apporter des améliorations lors de la deuxième lecture.

Lors du débat sur les modifications de la loi fiscale, le PEV s'est engagé en faveur d'un lissage de la progression fiscale pour les bas revenus. **Barbara Stotzer-Wyss** a souligné que le PEV n'est pas souvent favorable à une baisse des impôts, mais que cette fois la mesure profiterait aux citoyen·ne·s à faibles revenus, ce que le PEV salue vivement. Le Conseil d'État souhaitait également classer une motion visant à renforcer la transmission des traditions, des valeurs et du patrimoine culturel à l'école primaire.

René Müller

La députée PEV **Katja Streiff** s'est engagée pour que ces sujets, en particulier les traditions chrétiennes, ne soient pas oubliées dans la vie scolaire quotidienne. Enfin, **Tabea Bossard-Jenni** a remporté un succès réjouissant: sa déclaration de planification visant à donner la priorité à la mise en œuvre de la loi sur l'égalité des personnes handicapées dans le cadre du crédit-cadre d'investissement routier 2026–2029 a été transmise au gouvernement par le Grand Conseil. Il s'agit là d'une étape importante vers une plus grande inclusion.

René Müller, député, Adelboden

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 30 NOVEMBRE 2025

Renforcer le système de milice

Le PEV confirme son soutien à un système de milice fort et recommande d'accepter l'initiative service citoyen. Les délégué·e·s ont en revanche dit non à « l'initiative pour l'avenir » trop extrême de la Jeunesse socialiste.

Pour une Suisse solidaire et engagée

Armée, protection civile, service civil et bien d'autres engagements bénévoles constituent l'épine dorsale de notre pays. Le PEV, ainsi que sa Jeunesse (JPEV), avaient déjà soutenu l'initiative « Pour une Suisse qui s'engage (initiative service citoyen) » dès la récolte des signatures. Dans un contexte où la droite et la gauche opposent sans cesse armée et service civil, ce projet de service obligatoire pour toutes et tous propose une véritable réforme, adaptée aux défis d'aujourd'hui.

Non à une imposition excessive des héritages

L'augmentation des inégalités menace à long terme la cohésion et la stabilité de notre démocratie. Le PEV s'est engagé pour une fiscalité plus juste sur les très grandes successions: L'initiative populaire du PEV en 2015 et l'initiative parlementaire de Marc Jost en 2024 pour un impôt sur les successions de plusieurs millions de francs ont malheureusement été rejetées. Par contre, « l'initiative pour l'avenir » de la Jeunesse socialiste avec un taux d'imposition de 50 % sur les successions et donations de plus de 50 millions de francs est trop extrême et mal équilibrée.

PEV CH

VOTATIONS DU 30 NOV. 2025 **Infos:** www.pev-be.ch/actuel et www.evppev.ch/fr/votations

Initiative service citoyen	OUI
Initiative pour l'avenir	NON

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 9324, 3001 Bern, info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktion: Christof Erne, Myrtenweg 27, 3018 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 9324, 3001 Bern, oder via www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Aktuell > Zeitung «Berner EVP»

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.–, Freunde / Gönner/innen: Fr. 3.–; IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55, info@atelierpassage.ch